

Plädoyer für Humanität

SPD-Diskussionsforum zur Flüchtlingspolitik – Forderung nach mehr Unterstützung für Kommunen

Eggenfelden. „Sehr großes Interesse“ habe in der Bevölkerung seine Diskussionsveranstaltung zur Flüchtlingspolitik gefunden, stellt der SPD-Ortsverein in einer Pressemitteilung fest. Hauptredner im Stadtsaal waren Landesvorsitzender und Parlamentarischer Staatssekretär Florian Pronold sowie Landtagsabgeordneter Bernhard Roos. Der Moderator, SPD-Ortsvorsitzender Benjamin Lettl, zeigte sich in der Begrüßung entsetzt von der „zunehmend menschenverachtenden und aggressiven Stimmung gegen Asylsuchende“.

MdL Roos kritisierte die CSU, die mit teils aggressiven Formulierungen niedere Instinkte bediene und dadurch den Blick auf den einzelnen, Schutz suchenden Menschen, verhindere. Verschärften Grenzkontrollen und einer Obergrenze erteilte er eine deutliche Absage, da dies populistische Forderungen seien und keine praktikablen Maßnahmen darstellten. Gleichzeitig lobte Roos die Verwaltung des Freistaats, die effektiv und human arbeite. Roos forderte allerdings eine „noch deutlich bessere Unterstützung der Kommunen“.

Drei junge Flüchtlinge am Rednerpult

Staatssekretär Pronold schilderte die aktuelle Lage und skizzierte einige Lösungsvorschläge. So müssten die Lebensbedingungen für Flüchtlinge in den Nachbarregionen der Krisen- und Bürgerkriegsgebiete dringend stabilisiert werden. Außerdem müsse die Sicherung der Außengrenzen der Europäischen Union gewährleistet werden. Durch die Erhöhung des Personals des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge auf 7000 Stellen erwarte man, dass sich die Bearbeitungszeit der Asylanträge in diesem Jahr substantiell verringere.

Laut Pressemitteilung verfolgte der Saal besonders aufmerksam die Wortbeiträge von drei jungen Geflüchteten. Moha Abdirizak aus Somalia berichtete, dass in seinem Heimatland seit 25 Jahren Krieg



Die Flüchtlingspolitik des Bundes erläuterte Parlamentarischer Staatssekretär Florian Pronold; links daneben 3. Bürgermeisterin Johanna Leibold, SPD-Ortsvorsitzender Benjamin Lettl und MdL Bernhard Roos.

herrsche. Er strebe eine Ausbildung als Informatiker an und möchte im Sommer seinen Schulabschluss machen. Er bedankte sich sehr herzlich für die Unterstützung, die er von Menschen in Deutschland und Eggenfelden erfahren hat.

Kidane Fisehaye aus Eritrea möchte im Herbst eine Ausbildung als Schreiner beginnen. Er habe sich bereits sehr gut in Eggenfelden eingelebt, finde es aber schade, noch keinen offiziellen Spielerpass für die Fußballmannschaft erhalten zu haben. Er sei kein Wirtschaftsflüchtling, ihm mangle es nicht an Geld, sondern an Sicherheit.

Der Afghane Djawad Hasehmi floh bereits vor fünf Jahren aus dem Iran nach Deutschland. Da seine Verwandten aktuell in der Schweiz und im Iran leben, würde er, wie er sagte, bei einer drohenden Abschiebung gänzlich ohne Verwandtschaft in Afghanistan leben müssen, obwohl er das Land nicht kenne, da er im Iran aufgewachsen sei. Er wäre dann ein Fremder in seiner Heimat. Sein Asylgesuch sei noch immer nicht entschieden. Djawad hat bei der Firma Egger eine Ausbildungsstelle als Einzelhandelskaufmann bekommen.

3. Bürgermeisterin Johanna Leibold verdeutlichte in ihrem Redebeitrag die Offenheit Eggenfeldens. Die Stadt lebe Willkommenskultur. Allerdings betonte sie, den Kommunen müsse schnellstmöglich und umfassend finanziell geholfen werden, damit die Aufgaben vor Ort menschenwürdig gelöst werden könnten.

Dazu überreichte sie Staatssekretär Pronold einen Brief von Bürgermeister Wolfgang Grubwinkler, in dem dieser darlegt, was an Hilfen für die Kommunen vonnöten sei.

Der Kreisvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Hermann Leipold, appellierte an die Zuhörer, die vorhandene Solidarität und Unterstützung auch weiterhin allen Menschen zu Teil werden zu lassen, die der Hilfe bedürften.

Fragen zu Mindestlohn und Syrien-Mandat

Auf die Frage von Konrad Gellingner, weswegen sich die SPD für den Mindestlohn auch für Flüchtlinge einsetze, antwortete Staatssekretär Pronold: „Wenn auf dem Arbeitsmarkt Flüchtlinge vom Mindestlohn ausgenommen werden, werden sie die Menschen, die aktuell vom Mindestlohn profitieren, wieder vom Arbeitsmarkt verdrängen“. Dr. Jürgen Riedler, 2. Vorsitzender der Bund-Naturschutz-Kreisgruppe, wollte wissen, weswegen so viele SPD-Abgeordnete für das Syrien-Mandat gestimmt hätten. Pronold verdeutlichte, dass er diesem Einsatz zugestimmt habe, weil er davon überzeugt sei, dass dies aktuell die richtige Entscheidung sei.

Stellvertretender SPD-Ortsvorsitzender Thomas Asböck hakte bei der Zusammenarbeit mit der Türkei nach. Wohl wissend, dass die Entwicklung in diesem Land unter Staatspräsident Erdogan als kritisch anzusehen sei, sehe er, so



Für die in Eggenfelden erhaltene Unterstützung bedankte sich Moha Abdirizak aus Somalia. – F.: red

Pronold, aktuell keine andere Möglichkeit, als mit der Türkei zu kooperieren, weil die fliehenden Menschen dort Unterstützung benötigten.

Fehlende fachliche Betreuung moniert

Im Anschluss besichtigte die SPD-Vorstandschaft zusammen mit MdL Bernhard Roos die Erstaufnahme-Einrichtung in Zainach. Ortsvorsitzender Lettl bewertete die Situation vor Ort als gut, weil die Geflüchteten von der Heimleitung und dem Personal des Gebäudeschutzes sehr menschlich behandelt würden. Allerdings sei man sich einig, dass eine Unterbringung von bis zu 250 Personen in einer ehemaligen Fabrikhalle schon erschreckend anmute. Eine fachliche Betreuung der Asylsuchenden durch Pädagogen oder Psychologen sei in der Notunterkunft nicht vorgesehen. „Angesichts einer Verweildauer bis zu sechs Monaten sehen wir als örtliche SPD diesen Umstand schon kritisch. Hier ist die Politik aufgerufen, nach Möglichkeit Abhilfe zu schaffen“, so stellvertretender Ortsvorsitzender Asböck.

Unter den Besuchern der Diskussionsveranstaltung: stellvertretender Landrat Kurt Vallée, 2. Bürgermeister Christian Thiel (Massing), die 3. Bürgermeisterin Maria Bellmann (Arnstorf) und Klaus Ksienzyk (Hebertsfelden), die SPD-Kreisvorsitzenden Dr. Jürgen Rampmaier (Rottal-Inn) und Dr. Bernd Vilsmeier (Dingolfing-Landau), mehrere SPD-Ortsvorsitzende, Kreis- und Stadträte. – red